

Holzbauer Uffer macht vorwärts mit dem Klimaschutz

Ein Bündner Unternehmer will den Wald vor der Haustüre besser nutzen – und plant den Bau von Sägewerken

ANGELIKA HARDEGGER

Ein kleines Holzhaus hat den Zimmermann Enrico Uffer gross gemacht. Das Haus ist so klein wie ein Schiffscontainer, Uffer nennt es «Quadrin». Er fertigt das Haus im Bergdorf Savognin in einer Gewerhalle in Serie. Er verkauft es als temporäres Hotelzimmer, Kassahäuschen oder VIP-Lounge bei Grossevents, neuerdings sogar als Altersstöckli in den Gärten von Einfamilienhäusern. Uffer bewirbt den «Quadrin» als «Problemlöser», und wahrscheinlich erkennt er sich darin selbst.

Uffer, 50, ist ein grosser, breitschultriger Mann. Eigentlich der Letzte, der in einem so kleinen Haus wohnen könnte. Ganz allgemein wirkt an Uffer vieles gross, auch seine neueste Idee. Er will das Bündner Holz zum Bauen nutzen. Das klingt simpel in einem Kanton, der zu 30 Prozent aus Wald besteht. Ist es aber nicht. Andere vor ihm sind grandios gescheitert.

Ein Drama

Das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert des Holzes, sagen Fachleute. Ein bekannter deutscher Klimaforscher behauptet gar, dass die Menschheit sich mit Holz «aus der Klimakrise herausbauen» könne. Die weltweite Betonproduktion verursacht doppelt so viel CO₂ wie der Flugverkehr. Holz bietet das Gegenteil, es bindet Treibhausgase und speichert es langfristig. Je mehr davon verbaut wird, desto grösser ist der Effekt.

Die Schweiz besteht zu einem Drittel aus Wald, der Vorrat an Holz nimmt stetig zu. Dieses Land und das klimafreundliche Bauen: Es ist der Plot für ein Märchen. Der Holzbauer Enrico Uffer sagt, er sehe im Moment eher ein Drama.

Der Preis für Bauholz ist 2020 in irre Höhen gestiegen. Seit die Vereinigten Staaten unter Donald Trump die Zölle für kanadisches Holz erhöhten, verschärfen deutsche Produzenten massenhaft Holz nach Nordamerika. Auch in China boomt die Nachfrage. Das senkt das Angebot in Europa, und es trifft auch die Schweiz. Drei Viertel des hier verbaute Holzes stammen aus dem Import. Das Paradoxe daran ist, dass unser eigener Holzvorrat stetig zunimmt. Alle drei Sekunden wächst im Schweizer Wald ein Kubikmeter Holz, ohne künstlichen Dünger, einfach so. Wir könnten doppelt so viel ernten – es würde immer noch



Enrico Uffer
Holzbau-Unternehmer
in Savognin

gleich viel nachwachsen. Das ist es, was Enrico Uffer als «Drama» bezeichnet. Er ist mit dieser Kritik nicht allein. Auch Politik und Verwaltung sehen Probleme. Doch während sie das «Drama» in längeren Berichten besprechen, will Enrico Uffer aus Savognin schon anfangen, das Märchen zu schreiben.

Uffers Firma liegt am Dorfrand von Savognin, links und rechts Wald, eine Strasse führt von der Firma in Richtung Julierpass. Dort oben stellte Uffer vor vier Jahren einen Holzturm auf, der nationale Bekanntheit erlangte. Zweitausend Meter tiefer, in Locarno, baute er die markante Holzbühne des Musikfestivals «Moon and Stars».

Werktags baut Uffer auch Wohnblöcke, Hotels und Einfamilienhäuser aus Holz. Beziehungsweise: Seine Zimmerleute bauen. Uffer plant und rechnet im Büro, je nach Saison im Softshell-Gilet oder Faserpelz. Er wirkt wie jener Typ Chef, der dann doch parat sein will, falls einer riefte, man müsse einen Baum fällen im Wald.



Das Holzhaus «Quadrin» ist so klein wie ein Schiffscontainer. Enrico Uffer fertigt es in Serie.

Uffer übernahm den Betrieb des Vaters 2007. Er machte aus dem Gewerbe mit 8 Zimmerleuten die Uffer-Gruppe: 120 Angestellte, sieben Tochterfirmen. Seine Vorliebe für Funktionskleidung gehörte zu Uffers helvetischsten Zügen. Sonst ist er eher der Amerikaner im Dorf. Vor zehn Jahren liess er eine neue Gewerhalle bauen. Er sagt, die Leute im Dorf hätten damals schon geglaubt, er sei dem Grössenwahn verfallen.

Hemmnisse im Heimmarkt

In Bundesbern fordern Linke wie Rechte, dass die Schweiz ihr Holz besser nutzt. Die Verwaltung formuliert stapelweise Berichte dazu. Der neuste stammt vom Montag und nennt sich «Ressourcenpolitik Holz 2030». Es ist ein Papier voller Ziele, die mit «relevanten Akteuren» erreicht werden sollen, mit einer «Wir-Kultur», «Sensibilisierung», «Abstimmung» und «Kooperationsmodellen».

Wie das die Holznutzung konkret verbessern soll, bleibt auch nach siebzig Seiten offen. Streicht man die Phrasen weg, konstatiert der Bericht zwei grosse Hemmer im Markt: Erstens: Der Schweizer Wald gehört mehrheitlich den Gemeinden. Sie wirtschaften im Forst seit vierzig Jahren defizitär. Weil die Preise für Rohholz tief sind, aber auch, weil marktwirtschaftliche Prinzipien fehlen. Das Bundesamt für Umwelt formuliert es diplomatisch: «Auch politische Einflüsse tragen dazu bei, dass nicht immer kosten- und gewinnorientiert gewirtschaftet wird.» Der Personalbestand, die Maschinen und die Strukturen der kommunalen Forstbetriebe würden «oft nicht nur auf betriebswirtschaftlichen Überlegungen und unternehmerischem Handeln» basieren.

Das zweite Problem ist ein Flaschenhals in der Wertschöpfungskette. Es fehlen Sägereien und Firmen, die das gesägte Holz für den Bau veredeln, also technisch trocknen, verleimen, imprägnieren. Viele Sägereien haben den Betrieb in den vergangenen Jahrzehnten eingestellt. Jene, die sich behaupteten, machen im Holz-Boom der Gegenwart ein bombastisches Geschäft. Uffer hat das Geschäft gesehen. Und zwar lange bevor die Preise explodierten.

Die Auftragsbücher der Uffer Holz AG erzählen die Geschichte einer Anpassung. Als Anfang der Fünfzigerjahre in der Gemeinde ein Stausee gebaut wurde, zimmerten die Uffers drei Jahre lang Baracken für die Arbeiter.

Im Skiboomb der 1960er bauten sie Ferienhäuser und Chalets, es war die goldene Zeit der touristischen Bauten. Dann wurde der Markt durch die Zweitwohnungsinitiative trockengelegt. In diesem Moment realisiert Enrico Uffer, dass sich in der urbanen Schweiz etwas verändert hatte. Er begriff, dass er sich mit den Trends in den Städten beschäftigen sollte. Und dass grünes Wirtschaften rentiert. Uffer sagt: «Touristisch ist der Bündner Boom vorbei. Jetzt boomt das Thema Nachhaltigkeit, und wir Bündner haben die Ressource. Aber wir lassen sie im Wald liegen.»

Kein anderer Kanton besitzt so viel Wald wie Graubünden. Drei Viertel der Ernte werden zur Veredelung nach Österreich oder Italien verkauft, für durchschnittlich 55 Franken pro Kubik, die Holzbauer kaufen es für bis zu 800 Franken zurück, je nach Verarbeitungsstufe. Uffer will diese Wertschöpfung in den Kanton holen. Er plant drei bis vier

Ein deutscher Klimaforscher behauptet, dass die Menschheit sich mit Holz «aus der Klimakrise herausbauen» könne.

neue, grosse Sägereien in verschiedenen Tälern. Sie sollen zusammen mehr als zehnmals so viel Holz sägen wie heute der ganze Kanton.

Uffers Problem ist, dass die Bündner vergleichbare Visionen schon einmal gehört haben. Sie endeten im Fiasko.

Mitte der nuller Jahre baute eine österreichische Firma in Domat/Ems die grösste Sägerei der Schweiz. Der Kanton investierte Millionen an Wirtschaftsförderung, die Firma versprach doppelte Schnittmengen, das Bündner Holz sollte bis nach Amerika exportiert werden. Dann weigerten sich Gemeinden, so viel Holz zu tiefen Preisen zu liefern. In den USA brach die Finanzkrise aus, der Immobilienmarkt implodierte. Nach drei Jahren war die Grosssägerei in Domat/Ems bankrott. Seither, sagt Uffer, sei man «wie unter Schock».

Uffer selbst hatte noch vor drei Jahren öffentlich gesagt, dass «wohl niemand im Kanton mehr Verständnis da-

für hätte, wenn man nochmals ein Sägewerk bauen wollte». Jetzt plant er nicht ein neues Sägewerk – sondern mehrere. Uffer pflegt einen amerikanischen Umgang mit dem Scheitern. «Natürlich können wir scheitern», sagt er. «Aber wenn wir nie etwas wagen, gewinnen wir nie.»

Holz, wie es gebraucht wird

Vor einem Jahr gab Uffers Gemeinde die Schliessung der letzten lokalen Sägerei bekannt. Sie liegt im Dorf Tinizong, wenige Fahrminuten von Savognin. Der Betrieb war seit Jahren defizitär. Die Gemeinde schlug vor, die Parzelle unter den Gewerblern im Dorf aufzuteilen. Uffer intervenierte.

Er übernahm die Sägerei und erstellte einen Wirtschaftsplan. Ab Herbst will er das Werk komplett neu bauen und automatisieren. Später sollen im ganzen Kanton Sägereien nach dem Prototyp aus dem Nachbardorf entstehen. Die Kunden aus dem Fenster und fragen: «Was ist mit dem Holz da draussen?»

«Was soll ich ihnen sagen?», fragt Uffer. «Dass wir zu dämlich sind, das Holz vor der Haustür zu nutzen?» Uffer taufte sein Projekt «Resurses», romanisch für «Ressourcen». Er wurde damit vorstellig beim Kanton. Er erhoffte sich Hilfe bei der Abwicklung, vielleicht nach der Art, wie das Bundesamt für Umwelt sie propagiert. Mit der «Wir-Kultur», der «Abstimmung» und den «Kooperationsmodellen». Nach einigen Sitzungen beschloss er, dass es auch ohne den Kanton gehen muss. «Die machen aus allem eine Wissenschaft», ernervt er sich. «Man kommt mit einer Idee. Dann diskutieren sie über den Gewässerabstand.»

Uffer entschied, das Projekt selbst zu planen und zu finanzieren. Er entschied auch, einfach anzufangen. Er sagt: «Man kann dieses Projekt zu Tode diskutieren. Irgendwann muss man einfach machen.» Ab Herbst soll die neue Sägerei gebaut werden. Ein Jahr später will Uffer dort sägen. Bleiben die Holzpreise so hoch wie heute, baut er einen Goldesel, wie es ihn sonst nur in Märchen gibt. Doch Uffer hofft, dass die Holzpreise bald fallen. «Sonst bauen wieder alle mit Backstein oder Beton.»

Die tiefen Kosten für den F-35 stossen auf Skepsis

Bürgerliche Politiker melden Zweifel am Kampffjet-Entscheid an

NICOLE RÜTTI

Die Argumente, die für den Kauf des Kampfflugzeugs F-35 des US-Herstellers Lockheed Martin sprechen, schienen zunächst einleuchtend und plausibel. Wie Verteidigungsministerin Viola Amherd am Mittwoch an einer Medienkonferenz ausführte, weise der F-35 das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Der Tarnkappen-Jet soll bei der Evaluation des Bundesamts für Rüstung Armassuisse mit grossem Abstand gewonnen haben. Doch mit seinem Entscheid gerät der Bundesrat zusehends unter Druck. Kritisiert wird er dabei nicht nur von linken, armeeritischen Politikern, sondern selbst von einigen bürgerlichen Kampffjet-Befürwortern.

Bessere Informationen nötig

Hinterfragt wird, ob der F-35 in Anbetracht bekannter Schwierigkeiten in den USA tatsächlich das beste und preiswerteste Flugzeug sei. «Von dem, was der Bundesrat diese Woche als Gewissheit verkauft hat, muss er mich erst noch überzeugen», lässt sich der SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor in der «Sonntags-Zeitung» zitieren. Dafür seien viel mehr und bessere Informationen nötig.

Die Kontroverse lässt auch die Aufsichtsbehörden aufhorchen. Man habe die Hinweise aus den Medien, dass die Kampffjet-Evaluation mit Problemen behaftet sein könne, zur Kenntnis genommen, sagte der Mitte-Nationalrat Nicolo Paganini gegenüber der «Sonntags-Zeitung». Er leitet den VBS-Ausschuss der Geschäftsprüfungskommission. Sollten sich die Anhaltspunkte verdichten, werde man dem nachgehen.

Dem Vernehmen nach wurde diese Woche ein erster Antrag in der Kommission eingereicht und diskutiert. Laut der «Sonntags-Zeitung» will der Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle die Risiken der Kampffjet-Beschaffung prüfen.

Genährt wird das Misstrauen nicht zuletzt durch Wortmeldungen der unterlegenen Konkurrenten von Lockheed Martin. Die Kosten für die 36 F-35-Jets werden auf 15,5 Milliarden Franken veranschlagt. Sie liegen damit rund 2 Milliarden Franken und mehr unter den Preisofferten der übrigen Anbieter. Bei der Armassuisse erklärt man die niedrigeren Kosten mit der grösseren Stückzahl, in der die F-35 für viele Länder produziert werden.

Das Nachsehen hatten der Eurofighter des Airbus-Konzerns (von Deutschland, Grossbritannien, Italien und Spanien), die Rafale des französischen Herstellers Dassault und der ebenfalls amerikanische F/A-18E/F (Super Hornet). Ein Airbus-Sprecher sagte gegenüber der «NZZ am Sonntag», dass die offerierten Preise bei US-Regierungsgeschäften nicht fix, sondern Zielwerte seien. Die Differenz zwischen der Wunschvorstellung, was die Jets zum Zeitpunkt der Lieferung kosten sollen, und den realen Ausgaben, müsse dann eine Seite begleichen. Hinterfragt werden etwa die 1500 Flugstunden, die Lockheed Martin für seinen US-Jet F-35 weniger kalkuliert als die anderen Anbieter. Sie erklären einen grossen Teil des Preisunterschieds gegenüber den Fliegern der Konkurrenz.

Treffen mit den Unterlegenen

Mit dem Entscheid habe der Bundesrat seine europäischen Partner vor den Kopf gestossen, schreibt der «Sonntags-Blick», auch weil das Bieterverfahren hohe Kosten verursacht habe. Laut der Zeitung werden die unterlegenen Anbieter und die Vertreter des Bundes in den nächsten Wochen ein Debriefing machen. Die Fragen der Hersteller, die sich derzeit auf das Treffen in Bern vorbereiten, dürften neben den Kosten auch die technische, die juristische und die politische Dimension der eingereichten Offerten und der getroffenen Wahl umfassen.